VR-07 (V-103)-114-4 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Nach Zeile 114 einfügen:
Zweifelhafte Abkommen zur Auslagerung der Asylverfahren stehen rechtlich und politisch auf wackeligen Beinen. Immer wieder zeigt sich, dass die Umsetzung populistischer Auslagerungsforderungen am Ende viel Steuergeld kostet, vor Gerichten scheitert und keine der Herausforderungen löst. Deswegen stehen wir dazu, dass Asylanträge, die in Europa gestellt werden, auch in Europa geprüft werden. Das Verbindungselement bei sicheren Drittstaaten muss bestehen bleiben. Ein Angriff der Politik auf Gerichte und ihre Entscheidungen, wie durch die italienische Regierung nach der Gerichtsentscheidung gegen die Inhaftierung von Schutzsuchenden in Italien, ist ein Angriff auf die Gewaltenteilung, die Grundlage unserer demokratischen Ordnung ist.

Begründung

Nach Antragsschluss hat ein römisches Gericht entschieden, dass die Maßnahmen, die die italienische Regierung im Italien-Albanien-Deal umgesetzt hat, gegen das Recht verstoßen. Kurz zuvor haben sich verschiedene Regierungen und Ursula von der Leyen für solche Lösungen ausgesprochen. Deswegen sollten wir die BDK nutzen, um hier nochmal die grüne Position hervorzuheben.

weitere Antragsteller*innen

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Greta Garlichs (KV Hannover); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Alexandra Geese (KV Bonn); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Stefan Lange (KV Berlin-Neukölln); Martin Schulze (KV Greiz); Marie Möller (KV Erfurt); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); sowie 105 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.